

## ***Wien als Drehscheibe für Außen- und Integrationspolitik***

Vortrag des Wiener Bürgermeisters Michael Häupl

Begrüßung: Gerhard Randa, Generaldirektor, Bank Austria

Einleitung: Franz Vranitzky, Präsident des Bruno Kreisky Forums

19. Oktober 2001

In seiner Einleitung zu Michael Häupls Vortrag sprach Franz Vranitzky davon, dass Österreich zum Thema europäische Integrationspolitik aufgrund der konträren Einstellungen der beiden Regierungsparteien viel zu wenig konstruktive Arbeit leiste. Bürgermeister Michael Häupl, vor kurzem zum geschäftsführenden Präsidenten des europäischen Regionenverbandes wiedergewählt, betonte eingangs ebenfalls, dass Europapolitik im österreichischen Politik-Diskurs viel zu kurz käme. Diese müsse endlich als Interessensvertretung unseres Landes nach Außen wahrgenommen und genutzt werden. In diesem Zusammenhang unterstrich Häupl die Bedeutung des Themas Sicherheitspolitik, das man nicht ausschließlich in den Händen von Polizei und Militär belassen dürfe. Gerade im internationalen Kampf gegen den Terrorismus, so Häupl, müsse aktive Außenpolitik dem Umstand Rechnung tragen, dass zwischenstaatliche Konflikte niemals losgelöst von sozialen und gesellschaftlichen Verhältnissen betrachtet werden könnten.

Entscheidungsträger in Österreich, so Häupl weiter, wären sich außerdem noch viel zu wenig bewusst, dass Österreich als EU-Mitglied Kompetenz an Europa abgegeben habe und dass dieser Umstand sich bereits in vielfältiger Weise auswirke. Er plädierte für stärkeres Engagement in Fragen der Außenpolitik, bekannte sich zum Projekt EU als dem wichtigsten politischen Projekt in der Geschichte Europas und schloss dieser grundsätzlichen Zustimmung eine Reihe von Kritikpunkten, Aufgaben und Reformideen an:

Auf dem Gebiet der Finanzreform, so Häupl, orte er bei der Mittelverteilung innerhalb der EU eine deutliche Ungleichgewichtung. 47 Prozent der Ausgaben der EU flössen in den Agrarbereich, ungleich weniger Mittel stünden für Infrastruktur, Verkehr, Forschung, Bildung und Wissenschaft zur Verfügung. Des weiteren betonte er die Wichtigkeit einer Demokratiereform. Diese betreffe sowohl das Verhältnis zwischen Europäischer Kommission und Europäischem Parlament, als auch den Umstand, dass die Rolle des Ausschusses der Regionen und damit die Städtevertretung innerhalb der EU viel zu gering sei. Das stünde in krassem Widerspruch zur Tatsache, dass 80 Prozent der Bevölkerung Europas in Städten lebe. Häupl kritisierte weiter, dass das Subsidiaritätsprinzip de facto viel zu wenig zum Tragen komme und forderte, dass die Städte in den europäischen Entwicklungsprozess viel mehr eingebunden werden müssten. Die wichtigste Aufgabe europäischer Außenpolitik aus österreichischer Sicht nannte Häupl das Projekt der EU-Erweiterung. Er verwies auf die

positive Wirtschaftsentwicklung unserer östlichen Nachbarländer seit 1989 und darauf, dass die Stadt Wien ökonomisch davon enorm profitiert habe. Wien habe, so Häupl, im vergangenen Jahr mehr als 50 Prozent der österreichweiten internationalen Investitionen und Betriebsansiedlungen auf seinem Gebiet konzentriert. Viele internationale Unternehmen wickelten ihre Geschäfte mit dem Osten von Wien aus ab. Unabhängig von diesen ökonomischen Argumenten, so Häupl, sprächen auch ökologische und soziale Argumente für die Erweiterung. Er erwähnte das Beispiel Temelin und sprach davon, dass es bei weitem zielführender wäre, den Beitritt der Tschechischen Republik in die EU zu befürworten als mit einem Veto zu drohen. Im Falle des Beitritts, so Häupl, wäre Temelin dem allgemeinen EU-Reglement für Kernkraftwerke unterworfen und müsste sich diesem Standard anpassen.

Häupl führte aus, welchen Beitrag die Stadt Wien zur Vorbereitung der EU-Erweiterung leistet. Er berichtete von Kooperationsprojekten auf dem Gebiet der Stadttechnologie, Verwaltungsorganisation und Kultur, sprach von Kostenübernahmen im Bereich der Abfallwirtschaft, Wasserver- und -entsorgung und des öffentlichen Personenverkehrs. Kooperationsverträge, so Häupl, gäbe es außer mit Bratislava, Prag und Budapest auch mit Ljubljana, Győr, Brünn, Zagreb, Moskau, Kiew und Warschau. Diese dienten der Vorbereitung auf einen zukünftigen EU-Beitritt der jeweiligen Länder. In diesem Zusammenhang unterstrich Häupl die Bedeutung des Wien-Hauses in Brüssel, das bisher über 100 Gäste aus den genannten Städten eingeladen hat, um sie vor Ort mit den Strukturen der EU vertraut zu machen.

Häupl betonte die Wichtigkeit der internationalen Wien-Promotion, im Rahmen derer über Investitionsmöglichkeiten in Wien informiert würde. In der Fremdenverkehrswerbung, so Häupl, kooperiere Wien mit Budapest und Prag und bewerbe die Region als „Goldenes Dreieck Mitteleuropas“. Als wichtigen Parameter für die Entwicklungsrichtlinien der Wiener Wirtschaft nannte Häupl die Steuer- und Abgabepolitik einschließlich der Frage der Lohnnebenkosten und unterstrich deren Wichtigkeit für Finanzinvestitionen in Wien.

Er forderte eine Verbesserung der Wiener Verkehrsinfrastruktur, sprach vom Bau eines Zentralbahnhofes und vom Ausbau des Lastentransports, der Donauschifffahrt und der Luftfahrt.

Er kritisierte, dass die Sparpolitik der Regierung gerade jene Gebiete treffen könnte, auf denen in den nächsten Jahren besondere Entwicklungsschritte möglich und nötig wären: Bildung, Wissenschaft und Technologie. Besondere Kompetenz attestierte er der Stadt Wien in den Bereichen Freizeit, Sicherheit, Kultur, Umwelt, Gesundheit und soziale Sicherheit.

Die derzeitige österreichische Einwanderungs- und Asylpolitik stelle, so Häupl, allerdings ein extremes Hemmnis für eine weitere positive Wirtschaftsentwicklung dar. Umso mehr bemühe sich die Stadt Wien, das friedliche Miteinander der Kulturen zu fördern und zu verbessern.

In der anschließenden Diskussion erwähnte Häupl die geplante Reorganisation des psychosozialen Dienstes und die Unterstützung von Non-Profit-Organisationen als Beitrag der Stadt Wien zur „inneren Integration“ und nahm Stellung zum Integrationsvertrag. Er nannte ihn ein einseitiges Diktat und forderte, dass es legal in Österreich lebenden Ausländern ermöglicht werden müsse, an demokratischen Prozessen teilzunehmen. In Wien, so Häupl, wolle er daher so rasch wie möglich auf Bezirksebene das Ausländerwahlrecht einführen.